

Kautions-Kompromiss im Districtsrat

Handwerker-Kautionspflicht Heftige trinationale Debatte endet mit versöhnlichen Tönen

VON DANIEL HALLER

«Der Wirtschaftsraum im Dreiländer-
eck wird mittelfristig einen wirt-
schaftlichen, nicht wieder gutzumach-
enden, massiven Schaden erleiden,
falls man an der Kautionspflicht
festhält.» Cornelia Rupp, Geschäfts-
führerin des Bauverbands Südbaden,
hielt im Basler Grossratssaal ein an-
griffliges Plädoyer gegen die Kautions-
pflicht für Handwerker (die bz be-
richtete). Sie rief den zu einer Son-
dersitzung einberufenen Districtsrat
des Trinationalen Eurodistricts Basel
(TEB) auf, die von deutscher Seite ein-
gebrachte Resolution anzunehmen.
Deren Kernsatz: «Der Districtsrat

**«Der Wirtschaftsraum
Dreiländereck wird mit
der Kautionspflicht einen nicht
wieder gutzumachen-
den Schaden erleiden.»**

**Cornelia Rupp, Bauverband
Südbaden**

lehnt die aktuell laufenden Planun-
gen zur Einführung einer bundeswei-
ten Kautionspflicht für in der
Schweiz tätige Betriebe ab.»

So heiss wurde die Suppe dann
aber nicht gegessen. Am Schluss fand
ein vom basel-städtischen Grossrat
Heinrich Überwasser eingebrachter
Kompromiss die Mehrheit, wonach
der Trinationale Eurodistrict Basel
dazu aufruft, «die Voraussetzungen
zu schaffen, dass für die Kautions-
pflicht keine Notwendigkeit besteht,
und – sollte sich die Kautionspflicht
nachweislich als unvermeidlich er-
weisen – sich dafür einzusetzen, dass
sie verhältnismässig angewandt und
niemand diskriminiert wird».

«Unverhältnismässig»

Diese hochdiplomatische Formu-
lierung für eine Resolution von
höchstens polit-symbolischer Wir-
kung zeigt das Konfliktpotenzial jener
Regelung, dass entsendende Be-

**sondern eine protektionistische
Massnahme.»**

Cornelia Rupp

triebe einiger Branchen 10 000 Fran-
ken hinterlegen sollen, wenn sie in
der Schweiz Aufträge ausführen. Da-
mit soll sichergestellt werden, dass
sie die Mindestbestimmungen der
Gesamtarbeitsverträge einhalten.

So betonte Rupp, die Kautions sei
«kein geeignetes Instrument zur Be-
kämpfung von Lohn- und Sozialdum-
ping. Vielmehr ist sie eine protektion-
istische Massnahme». Sie sei
«rechtswidrig, diskriminierend und
unverhältnismässig und verstösst ge-
gen die in den bilateralen Verträgen
enthaltene Verpflichtung, keine
neue Beschränkungen einzuführen».

Insbesondere beklagte sie, die ZPK
habe den Gesamtarbeitsvertrag kurz
vor dem Bundesgerichtsentscheid
ausgesetzt. «Damit wurde eine ab-
schliessende rechtliche Beurteilung
zunichtegemacht», kritisierte Rupp.
«Wären sich die Befürworter der Kau-
tionspflicht sicher gewesen, hätten sie nicht
mit diesem Schachzug dem Prozess
den Streitgegenstand entzogen.»

Billiglohn-Konkurrenz

«Die Behauptungen werden nicht
wahrer, indem man sie immer wie-
der vorträgt», wies Nationalrat Hans
Rudolf Gysin die Ausführungen von
Rupp zurück. Es gehe nicht um
Marktschottung: «Vielmehr treten
in der Nordwestschweiz zunehmend
ausländische Entsendebetriebe an,
die ihre Aufträge durch Arbeitneh-
mer aus osteuropäischen Billiglohn-
ländern ausführen lassen und sich
nicht an die hier geltenden Mindest-
Bestimmungen halten.»

«Mit den Dumpinglöhnen solcher
Unternehmen können unsere
Schweizer schlicht nicht mithalten.»
Dies werde sich zuspitzen, wenn ab
Mai die vollständige Personenfreizü-
gigkeit für Estland, Lettland, Litauen,
Polen, Slowakei, Slowenien, Tsche-
chien und Ungarn in Kraft trete. Dort

nicht in Sicht.»

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat

herrsche grosse Armut, es gebe keine
ausgebauten Sozialwerke, kein gesi-
chertes Rentensystem und eine sehr
hohe Arbeitslosigkeit. Der Dur-
schnittsStundenlohn im Ausbaugewer-
be betrage 1,70 Euro, der Monats-
lohn 300 Euro. «Ein konsequenter
Vollzug der flankierenden Massnah-
men gegen Lohn- und Sozialdumping
ist da nur durch grifflige Instrumente
möglich. Und da sind andere prakti-
kable Lösungen ausser der Kautions-
pflicht zurzeit nicht in Sicht.»

Exportland nicht verärgern

Nachdem er mit der Formulierung
«Deutschland hat uns weder politisch
noch für den Vollzug des Gesetzes
über die Landesgrenzen hinweg un-
terstützt» noch die Peitsche ge-
schwungen hatte, griff Gysin zum Zu-
ckerbrot: «Wir sollten gemeinsam Lö-
sungen suchen, wie wir anstelle der
Kautionspflicht andere Mittel und Wege fin-
den.» Deutschland sei das wichtigste
Exportland der Schweiz, deshalb
müsse man auch andere Lösungen
anbieten. «Ich werde das selber dem-
nächst im Parlament aufnehmen und
unseren Minister bitten, nach an-
deren Lösungen zu suchen.»

Nach den wortreichen Auftritten
der beiden Hauptkontrahenten
machte Gaston Latscha, Vorstands-
mitglied des Districtsrates, für die
französische Seite kurz und deutlich
klar: «Die befragten elsässischen Be-
triebe wollen diese Kautionspflicht
nicht.»

In der Debatte regte Landrat Hans-
peter Frey an, statt eine Resolution
zu verabschieden, eine Arbeits-
gruppe zu bilden, die nach einer
Deblockierung der Situation suche.
Als die Kompromiss-Resolution Über-
wassers schliesslich angenommen
wurde, stammte eine der beiden Ge-
genstimmen von Frey. Eine Arbeits-
gruppe kam nicht zustande.

**«Die Kautionspflicht ist kein
Instrument zur Bekämpfung
von Lohndumping,**

**«Andere praktikable
Lösungen ausser
der Kautionspflicht sind zurzeit**